

## Verhandlungsschrift

über die Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Reißeck, am Samstag, den 17. Dezember 2016, mit Beginn um 15:00 Uhr im Sitzungssaal der Gemeinde Reißeck.

**Anwesend:** Bürgermeister Kurt Felicetti als Vorsitzender

### Mitglieder des Gemeinderates:

Hr. Andreas Kleinfurher  
Hr. Thomas Stefan  
Fr. Melanie Rindler  
Hr. Ing. Herbert Mandler  
Fr. Michaela Aichholzer  
Hr. Helmut Stefan  
Hr. Friedrich Kritzer  
Hr. Norbert Sattlegger  
Fr. Heidi Moser

Hr. Ing. Johann Paul Unterweger  
Fr. Elke Steinwender  
Hr. Ing. Rupert Viehhauser  
Hr. Stefan Burger  
Fr. Doris Unterrainer  
Fr. Tamara Penker  
Fr. Carmen Thaler

### Anwesendes Ersatzmitglied:

Hr. Ing. Ronald Meixner  
Fr. Birgit Huber

### Entschuldigt abwesend:

Hr. Manfred Aichholzer  
Hr. Ulf Berger

Weiters anwesend: Fr. Sigrid Aichholzer, Finanzverwalterin

Schriftführer: Herwig Fercher

Die Zustellnachweise für die heutige Sitzung liegen vor. Der Gemeinderat ist beschlussfähig. Die Sitzung wurde ordnungsgemäß nach den Bestimmungen der Allgemeinen Gemeindeordnung und der Geschäftsordnung vom Bürgermeister auf den heutigen Tag mit folgender Tagesordnung einberufen:

1. Fragestunde
2. Bestellung der Protokollunterfertiger
3. Generalsanierung des Schwimmbades
  - a) Abschluss einer IKZ-Kooperationsvereinbarung mit der Gemeinde Mühldorf
  - b) Vergabe der Planung mit Ausschreibung für den Bauabschnitt I – Technik/Heizung
4. Generalsanierung der Volksschule Kolbnitz
  - a) Annahme der Förderungsvereinbarung mit dem Kärntner Schulbaufonds
  - b) Vergabe der Detailplanung mit Ausschreibung für den Bauabschnitt I - Barrierefreiheit
5. Weiterführung des e-5 Programms;  
„Dämmaktion der obersten Geschoßdecke“; Projekteinreichung KELWOG-Fonds
6. Übernahme von Teilflächen der KG Kolbnitz im Bereich der Verbindungsstraße „Kirchweg“ in das öffentliche Gut; Durchführung der Vermessungsurkunde GZ.: 3573-1/16 des DI Humitsch
7. Verkauf eines Teilstücks des Grundstücks 789/15 KG Penk an Herrn Wolfgang Tritremmel
8. Situationsbericht zum Thema Nahversorger
9. Situationsbericht zur Reißeckbahn
10. Ausschussberichte
11. Genehmigung des Stellenplanes 2017

12. Genehmigung des Voranschlages 2017
  - a) ordentlicher und außerordentlicher Haushalt
  - b) Höhe des Kassenkredites (Kontokorrent)
  - c) Vergabe des Kassenkredits
13. Genehmigung des mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanes

### Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister begrüßt das Kollegium des Gemeinderates, das im Zuhörerraum anwesende Publikum sowie die Finanzverwalterin und den Schriftführer. Sodann stellt der Vorsitzende fest, dass der Gemeinderat beschlussfähig ist. Er hält fest, dass für die entschuldigt abwesenden Mitglieder Manfred Aichholzer und Ulf Berger Herr Ing. Ronald Meixner und Frau Birgit Huber als Ersatzmitglieder an der Sitzung teilnehmen. Daraufhin eröffnet der Vorsitzende die Sitzung um 15.00 Uhr.

#### **Punkt 1 der Tagesordnung:**

Die heutige Fragestunde entfällt, nachdem keine schriftlichen Anfragen eingelangt sind.

#### **Punkt 2 der Tagesordnung:**

Zur Unterfertigung des Sitzungsprotokolls werden GR Michaela Aichholzer und GR Ing. Rupert Viehhauser bestimmt.

#### **Punkt 3 der Tagesordnung:**

##### **a) Abschluss einer IKZ-Kooperationsvereinbarung mit der Gemeinde Mühldorf**

Der Bürgermeister ruft in Erinnerung, dass die vorgesehene Generalsanierung des Schwimmbades erhebliche Mittel erforderlich macht. Man war daher bestrebt, auch IKZ-Mittel anzusprechen und eine Vereinbarung mit der Nachbargemeinde Mühldorf zu treffen. Bereits am 2. Juni 2016 hatte der Gemeinderat dazu eine Vereinbarung beschlossen, die aber hinsichtlich der Höhe der Beteiligung der Gemeinde Mühldorf sowie einiger kleiner Textanpassungen geändert wurde und daher in der endgültigen Fassung neuerlich genehmigt werden muss.

Zur Berichterstattung erteilt er Vizebürgermeister Thomas Stefan das Wort. Dieser erklärt, dass zunächst eine Beteiligung der Gemeinde Mühldorf in der Größenordnung von € 50.000,-- vorgesehen war. Der Mühldorfer Beitrag wäre von den überregionalen Mitteln aus dem Talschaftsfonds gekommen (als Gegenleistung für die Unterstützung der Kletterhalle Mühldorf). In einem Gespräch auf der Landesregierung konnte fixiert werden, dass auch ein geringerer Zuschuss die Förderfähigkeit nicht schmälert, dass jedoch Mittel aus dem Haushalt der Gemeinde bereitgestellt werden müssen. Dadurch ergeben sich für die Vereinbarung, die von Mühldorf bereits am 20. Oktober beschlossen wurde und dem Gemeinderat nun in geänderter Form vorliegt, gegenüber der Urfassung folgende Änderungen:

- Im Punkt 1.5. entfällt der Wortlaut „betreibt selbst kein Schwimmbad“.
- Der Punkt 1.6. lautet nun wie folgt: „Die Gemeinde Mühldorf beteiligt sich an der Generalsanierung durch einen Direktzuschuss in Form von Bedarfszuweisungsmitteln 2017 in Höhe von € 20.000,--.“

Die Finanzierung des Vorhabens ist im Punkt 1.7. der Vereinbarung fixiert. Der Gesamtaufwand der Sanierung in Höhe von € 635.000,-- wird nunmehr von beiden Vertragsparteien wie folgt aufgebracht:

Gemeindeanteil Reißbeck	€ 615.000,--
Gemeindeanteil Mühldorf	€ 20.000,--

Alle anderen Punkte der Vereinbarung bleiben unverändert aufrecht.

Die Änderung der Vereinbarung findet die ungeteilte Zustimmung des Gemeinderates. Es gibt auch eine einstimmige Empfehlung des Gemeindevorstandes zur Annahme der Vereinbarung.

### **b) Vergabe der Planung mit Ausschreibung für den Bauabschnitt I – Technik/Heizung**

Vizebürgermeister Thomas Stefan bleibt am Wort. Er erklärt, dass die Generalsanierung des Schwimmbades in zwei Jahresetappen vorgesehen ist. 2017 sollen die Technik und die Heizung auf den neuesten Stand gebracht werden und 2018 steht dann die Sanierung der Becken und Außenanlagen am Programm. Nachdem der erste Bauteil zeitgerecht vor Beginn der Badesaison 2017 abgeschlossen sein muss, steht nur ein sehr enger zeitlicher Rahmen zur Verfügung. Heute soll daher auf Basis des Angebots vom Ingenieurbüro Ing. Wolfgang Kranabether GmbH die Vergabe der Planung und Ausschreibung erfolgen. Die Arbeitsvergaben sollen dann unmittelbar nach Vorliegen der geprüften Angebote (Ende Jänner/Anfang Feber 2017) in einer eigenen Gemeinderatssitzung erfolgen. Basis für die heutige Vergabe der Planung mit Ausschreibung/Preisspiegel bildet das Offert von Ing. Kranabether mit € 9.817,-- netto (Deckelung/Obergrenze). Nach den vorliegenden Schätzungen geht man von einem Kostenrahmen von rund € 300.000,-- für die Technik aus.

In der Beratung meldet sich GR Ing. Herbert Mandler zu Wort und berichtet über die vorausgegangene Beratung im Wirtschaftsausschuss. Es ist höchst an der Zeit, die 40 Jahre alte Technik zu tauschen und es ist – wie vom Vizebürgermeister ausgeführt – eine gewisse Vorlaufzeit zu beachten. Es wurde im Vorfeld auch beraten, evtl. Vergleichsofferte einzuholen. Letztlich haben aber die Referenzen von Ing. Kranabether, das bestehende Vertrauensverhältnis und der Umstand, dass er ein sehr gutes Angebot mit Kostendeckelung vorgelegt hat, eine einstimmige Empfehlung für die Vergabe an diesen Planer ergeben.

Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger weist auf den Umstand hin, dass die Gemeinde Reißbeck die Nachbargemeinde Mühldorf bereits bei der Finanzierung der Kletterhalle großzügig unterstützt hatte und jetzt sowohl der Rückfluss aus den überregionalen Mitteln des Mölltal-fonds als auch die Unterstützung im Rahmen einer IKZ-Vereinbarung genützt werden können. Bei der Neuausstattung der Technik und Heizung waren natürlich auch Beratungen im Hinblick auf umweltfreundliche Energie (e5) ein Thema. Man muss aber auch auf die Besonderheiten des Schwimmbades (Saisonbetrieb) spezielles Augenmerk legen. Vizebürgermeister Thomas Stefan gibt seinem Vorredner recht und erläutert, dass Ing. Kranabether das Thema Heizung bereits bestens aufbereitet und dem Gemeindevorstand umfassend präsentiert hat. Auf Basis der ermittelten Zahlen hat sich eine Luftwärmepumpe als effektivstes und günstigstes Heizsystem herauskristallisiert. In diese Richtung erfolgt daher auch die

Ausschreibung. Dies bekräftigt auch der Bürgermeister, der anmerkt, dass im Vorfeld sehr wohl eine Lösung mit einer Hackschnitzelheizung (Betreiber Nahwärme/Standort Wilhelmer) geprüft worden war.

Nach Abschluss der Beratung stellt daher Vizebürgermeister Thomas Stefan folgende Anträge:

Zu Punkt a) der Gemeinderat möge der Empfehlung folgen und die IKZ-Vereinbarung mit der Gemeinde Mühldorf in der nunmehr vorliegenden Fassung beschließen.

Zu Punkt b) der Gemeinderat möge der Vergabe der Planung und Ausschreibung für den Bauabschnitt I – Technik/Heizung an die Fa. Ing. Kranabether mit einer Vergabesumme von € 9.817,-- netto (Deckelung/Obergrenze) zustimmen.

Beide Anträge werden vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

#### **Punkt 4 der Tagesordnung:**

##### **a) Annahme der Förderungsvereinbarung mit dem Kärntner Schulbaufonds**

Der Bürgermeister erteilt neuerlich Vizebürgermeister Thomas Stefan das Wort. Dieser erklärt, dass bekanntlich für die Sanierung der VS Kolbnitz ein Konzept vom Büro ENHOTEC-Hosner erstellt wurde, welches auch im Wirtschaftsausschuss ausführlich beraten und erläutert wurde. Es muss nach dieser Gesamtkostenermittlung von einem Aufwand in der Größenordnung von € 710.000,-- ausgegangen werden. Von Seiten des Schulbaufonds gab es eine umfassende Prüfung und es wurde letztlich ein Betrag von insgesamt rund € 650.000,-- als „förderungswürdig“ anerkannt. Diese ermittelte förderungswürdige Bruttosumme bildet die Basis für den 75 %igen Zuschuss aus Mitteln des Schulbaufonds. Demnach ergibt sich eine voraussichtliche Fondsförderung von € 486.000,--. Die entsprechende Förderungsvereinbarung mit Festlegung der Voraussetzungen, Auflagen und Auszahlungsmodalitäten liegt dem Gemeinderat heute zur Beschlussfassung vor. Wie der Schulreferent weiter ausführt, war ursprünglich vereinbart worden, dass ein Teil der Sanierungskosten (in Höhe von € 55.000,--) über KBO-Mittel gefördert werden sollte. Es existiert darüber ein Aktenvermerk. Allerdings ist diese Förderung ausgefallen und kann 2017 nicht mehr in Anspruch genommen werden. Mittlerweile liegt aber die definitive Zusage der Fondsverwaltung vor, dass der 75 %ige Fördersatz auf die gesamte Sanierung Anwendung findet und die Förderung im Bedarfsfall entsprechend angepasst werden wird. Der vorliegenden Vereinbarung sollte daher zugestimmt werden.

Nachdem es keine weiteren Fragen dazu gibt, setzt Vizebürgermeister Thomas Stefan gleich mit der Berichterstattung zu Punkt b) fort.

##### **b) Vergabe der Detailplanung mit Ausschreibung für den Bauabschnitt I - Barrierefreiheit**

Der Finanzreferent erläutert, dass im BA I die Barrierefreiheit 2017 umgesetzt werden soll. Nachdem die erste Auszahlungstranche laut Fördervereinbarung € 386.000,-- beträgt, können im Sommer 2017 neben der Barrierefreiheit u. U. auch noch die Fenster (als Vorgriff auf die thermische Sanierung) erneuert werden. Das Offert der Fa. ENHOTEC/Ing. Engelbert Hosner für die Planung, Ausschreibung, Erstellung Preisspiegel, Bauaufsicht und Begleitung über das gesamte Projekt beträgt – inkl. nachgebessertem Nachlass von rund 10 % - € 28.800,-- netto.

In der Beratung wird erläutert, dass die Barrierefreiheit folgende Bauteile umfasst: Lift vom Turnsaal bis ins 2. OG, 2 WCs, Parkplatz, Zugangsbereiche Eingang und Direktion. GR Ing. Herbert Mandler ergänzt, dass auch der barrierefreie Abgang in die Turnhalle Teil der ersten Baustufe ist. In der Beratung gibt es – auf Anregung von GV Carmen Thaler – auch ein eindeutiges Bekenntnis, bei der Ausschreibung vor allem ansässige Betriebe zu forcieren. Der Bürgermeister bemerkt zudem, dass die Erlangung der Förderung nicht so einfach war. Man muss aber davon ausgehen, dass die Bereitschaft zur Schließung der VS Penk, das Verfahren hinsichtlich der Förderung beschleunigt hat.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Vizebürgermeister Thomas Stefan folgende Anträge:

Zu Punkt a) der Gemeinderat möge der Annahme der vorliegenden Förderungsvereinbarung mit dem Kärntner Schulbaufonds die Zustimmung erteilen und

Zu Punkt b) der Gemeinderat möge der Vergabe der Detailplanung und Ausschreibung für den BA I (inkl. Fenster vom BA II) an die Fa. ENHOTEC/Ing. Hosner mit dem angebotenen Pauschalhonorar zustimmen.

Der Gemeinderat nimmt beide Anträge einstimmig an.

#### **Punkt 5 der Tagesordnung:**

Der Bürgermeister ruft in Erinnerung, dass die Gemeinde bereits seit einigen Jahren am e5 – Programm des Landes teilnimmt und aktuell mit 3e eingestuft ist. Die Berichterstattung über den aktuellen Stand von e5 und die geplante Dämmaktion erfolgt durch GV Carmen Thaler. Anhand einer kurzen Power-Point-Präsentation erläutert sie die Entwicklung des Programms von ursprünglich 43 Gemeinden im Jahr 2005 bis zum aktuellen Stand (2015 bereits 179 teilnehmende Gemeinden österreichweit/davon 45 in Kärnten) und erläutert die 6 Felder, in denen man umweltschonende und energieeffiziente Arbeit leisten und auf diese Weise Punkte für e5 sammeln kann. Reißbeck ist bekanntlich 2009 in das Programm eingestiegen und wurde auf Anhieb mit 2 e bewertet. Der neuerliche Audit 2012 hat dann eine Verbesserung (50 % Abdeckung) erbracht, sodass der Gemeinde auch das dritte e zuerkannt wurde. Danach gab es einigen Stillstand und jetzt möchte man mit einer attraktiven Dämmaktion einerseits der Bevölkerung Unterstützung bei sinnvoller thermischer Sanierung bieten und als weiteres Ziel auch das vierte e anstreben. Um dieses Ziel 2017 zu erreichen, sind die „Bausteine“ Energieleitbild (schon erfüllt), Mobilitätstag (in Vorbereitung) und Energiebilanz zu erfüllen. In Abstimmung mit dem e5-Betreuer Ing. Günther Sickl konnte jetzt das sogenannte „Kelwog-Förderprogramm“ angesprochen werden. Damit soll ein Rückfluss von Mitteln an die Gemeinde möglich gemacht werden und der interessierten Bevölkerung wirksame Unterstützung gewährt werden. Für die Maßnahme „Ökologische Dämmung der obersten Geschoßdecke“ soll insgesamt ein Betrag von € 50.000,-- an Fördermitteln (€ 45.000,-- Direktzuschuss/€ 5.000,-- Durchführung, Werbung) für Reißbecker Haushalte zur Verfügung gestellt werden.

Projektleiter Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger ergänzt, dass die Beiträge an e5 wohl für 2 Jahre vermindert wurden, letztlich aber die Teilnahme auch mehrfach hinterfragt und im Gemeindevorstand/Wirtschaftsausschuss diskutiert worden ist. Mit Ing. Sickl wurde daher nach Möglichkeiten gesucht, das e5-Programm wieder anzukurbeln und der Gemeinde bzw. ihren Bürgern auch einen direkten Nutzen aus der Aktion zukommen zu lassen. Hier bietet

sich das vorliegende Angebot mit der „Kelwog-Förderung“ förmlich an. Wenn der Gemeinderat dafür grünes Licht gibt, dann soll im ersten Schritt eine Energiedatenerhebung erfolgen und es soll dann im Frühjahr eine Auftaktveranstaltung geben, bei der die interessierte Bevölkerung den Antrag auf Teilnahme stellen kann. Die ökologische Dämmung der obersten Geschoßdecke lässt sich einfach umsetzen und kann für ein Einfamilienhaus mit rund € 2.500,-- bis € 3.000,-- realisiert werden. Bei einer Beteiligung von 50 Personen wäre ein Zuschuss von rund 800,-- je Haushalt realistisch. Die Details sind allerdings noch zu klären. Heute geht es eigentlich um den „Startschuss“ für die Aktion und das Bekenntnis zum Verbleib im e5-Programm. Weitere Aktivitäten, wie der angesprochene Mobilitätstag (evtl. zur offiziellen Einweihung der E-Tankstelle beim Gemeindeamt) sollen dann folgen.

In der Beratung meint der Bürgermeister, dass dieser Schritt gesetzt werden sollte. Nachdem in den letzten Jahren kaum Aktivitäten gesetzt wurden, musste man den Mitgliedsbeitrag hinterfragen. Aber mit der Bereitstellung der Mittel aus dem Kelwog-Fonds können die Gemeindeglieder erheblich profitieren. Auch GR Ing. Herbert Mandler betont die Sinnhaftigkeit der Kosten/Nutzen-Relation. Die Chance, die in Aussicht gestellten Mittel zu lukrieren, sollte man jetzt unbedingt ergreifen. Die Details der Förderungsabwicklung sind dann in einem eigenen Gremium noch zu fixieren.

Nach diesen positiven Wortmeldungen stellt Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger als e5-Teamleiter den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, im e5-Programm zu verbleiben und den Antrag für das vorgestellte Projekt „Dämmung der obersten Geschoßdecke“ mit einem Fördervolumen von € 50.000,-- beim KELWOG-Fonds einreichen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

#### **Punkt 6 der Tagesordnung:**

Der Bürgermeister erklärt, dass bei der Primiz von Martin Edlinger der Umstand zutage getreten ist, dass Teile der Verkehrsfläche hinter dem Friedhof im Eigentum der Pfarre stehen und dass zusätzlich die Gartenfläche der Gemeinde, welche zwischen dem Parrhof und dem Grundstück der Bundesforste gelegen ist, in die Straße „hineinragt.“ Die Situation ist in der Vermessungs-urkunde GZ.: 3573-1/16 des DI Humitsch dargestellt. Die dargestellten Teilflächen Nr. 2 mit 3 m<sup>2</sup> und Nr. 3 mit 84 m<sup>2</sup> würden von der Pfarre unentgeltlich an das öffentliche Gut abgetreten werden. Ebenso käme die Teilfläche 4 mit 58 m<sup>2</sup> von der Gemeinde Reißbeck unentgeltlich zum öffentlichen Gut. Diese Abtretung von Teilflächen an das öffentliche Gut, Grundstück 745/2 bzw. 745/1 KG 73304 Kolbnitz wurde bereits mit der Kundmachung, Zl.: 640-Kir/2016, vom 3. Oktober 2016 durch 4 Wochen an der Amtstafel verlaublich.

Während über diesen Sachverhalt Klarheit herrscht, gibt es hinsichtlich der ebenfalls in dieser Urkunde dargestellten Besitzveränderung bei der Teilfläche Nr. 1 offene Fragen. Nach der Vermessungs-urkunde sollen 21 m<sup>2</sup> im Bereich der Garage des Hauses Unterkolbnitz 16, welche im Besitz der römisch-katholischen Pfarrkirche waren (Grundstück .10) dem Gemeindegrundstück .9 einverleibt werden. Wie dazu der Bürgermeister erklärt, wollte die Pfarre ein Carport errichten, was mit Unterstützung der Gemeinde vorgesehen war. Im Gegenzug wäre die Pfarre bereit, das in Rede stehende Grundstück (Teilfläche 1), in welchem der Bahrwagen der Gemeinde sowie ein Öltank etc. der Bewohner des Hauses Unterkolbnitz 16 untergebracht

waren, der Gemeinde unentgeltlich zu überlassen. Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger erklärt, dass ihm diese Lösung völlig neu sei. Dann wäre auch die mittlerweile erfolgte Räumung durch die Gemeinde nicht notwendig gewesen. Auch GR Stefan Helmut zeigt sich als Vertreter der Pfarre nicht über den aktuellen Stand informiert. Er meint, dass durch den neuen Pfarrer auch eine Änderung der Situation eingetreten sei und erst abzuklären sein wird, ob die Pfarre wirklich bereit ist, die Garage an die Gemeinde abzutreten.

In der Diskussion wird letztlich Einigkeit darüber erzielt, dass es hinsichtlich der Teilfläche Nr. 1 noch eine Abklärung zwischen der Pfarre und der Gemeinde geben wird. Dieser Besitzwechsel ist von der Durchführung nach § 15 Liegenschaftsteilungsgesetz ohnedies nicht betroffen. Kundgemacht und heute zur Beschlussfassung vorgesehen waren ohnedies nur jene Grundstücksteile, welche an das öffentliche Gut abgetreten werden sollen.

Nach Ende der Diskussion stellt daher GR Stefan Helmut den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, der Übernahme der Teilflächen Nr. 2, 3 und 4 in das öffentliche Gut, wie sie in der Vermessungskurkunde GZ.: 3573-1/16 des DI Humitsch dargestellt sind, zuzustimmen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

#### **Punkt 7 der Tagesordnung:**

Der Bürgermeister setzt den Gemeinderat davon in Kenntnis, dass im Bereich der Sportplatzzufahrt in Napplach durch den Anrainer Wolfgang Tritremmel eine Fläche entlang der (nicht ausgeschiedenen) Straße in Besitz genommen wurde. Kurz geht er auf den Umstand ein, dass durch KAGIS immer wieder Ungereimtheiten in Grenzbereichen auftreten und es dann bei derart divergierenden Abweichungen immer wieder Handlungsbedarf gibt. Er erläutert die Situation anhand eines Luftbildes. Nach der Vorberatung im Gemeindevorstand wurde in schwierigen Verhandlungen mit Herrn Tritremmel (Besitzgrenzen z. T. vom Vorgänger/mögliche Ersitzung etc.) grundsätzliche Einigung über die Notwendigkeit der Ablöse und den Kaufpreis von € 15,-- je m<sup>2</sup> erzielt und die Vermessung in Auftrag gegeben. Konkret geht es jetzt, wie in der Vermessungsurkunde GZ 10413/16 des DI Dr. Günther Abwerzger dargestellt, um eine Fläche von 367 m<sup>2</sup>.

Der Sachverhalt ist an sich klar. Der vorgesehene Verkauf findet in der Beratung ungeteilte Zustimmung. Der Bürgermeister ergänzt, dass – wohl infolge früherer Meinungsverschiedenheiten – der Bruder von Wolfgang Tritremmel, Manfred Tritremmel bei ihm vorstellig wurde. Er möchte, um in der Nutzung seiner im selben Haus befindlichen Wohnung nicht eingeschränkt zu sein, ein Geh- und Fahrrecht für sich und seine Rechtsnachfolger über den neuen Grundstücksteil eingeräumt erhalten. Dieser Wunsch soll mit dem Vertragsersteller, Notar Mag. Dr. Gerald Fritz, rechtlich abgeklärt werden.

Nach Ende der Beratung stellt der Bürgermeister selbst den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, die ermittelte Fläche von 367 m<sup>2</sup> zum Preis von € 15,-- je m<sup>2</sup>, insgesamt daher € 5.505,-- an Herrn Wolfgang Tritremmel zu verkaufen. Die Einräumung des Zufahrtsrechts zu Gunsten von Manfred Tritremmel und seinen Rechtsnachfolgern soll - sofern rechtlich möglich – als Zusatz in den Kaufvertrag aufgenommen werden.

Der Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

**Punkt 8 der Tagesordnung:**

Zur Situation beim Nahversorger erklärt der Bürgermeister, dass es laufende Verhandlungen mit SPAR, ADEG und M-Preis gab und die Gespräche auch noch fortgeführt werden. Derzeit ist noch kein spruchreifes Projekt am Tisch. Neben der Fortführung des Betriebes am bisherigen Standort durch die SPAR, wird von den anderen Handelsketten natürlich ein Standort an der Bundesstraße bevorzugt. Die Gemeinde könnte dafür ein geeignetes Areal, westlich vom Amtsgebäude, zur Verfügung stellen. Die Bereitstellung dieser Fläche wäre wohl auch als „Beitrag der Gemeinde“ für das Zustandekommen einer wirtschaftlich tragbaren Lösung anzusehen. Auch Frau Regina Rothauer, die ja bekanntlich den Marhof ersteigert hat, hat die vorhandenen freien Flächen den Lebensmittelketten zum Kauf angeboten. Die bisher geführten Gespräche mit den Handelsketten erfolgten alle im Beisein vom Wirtschaftsausschussobmann, GR Ing. Herbert Mandler, und/oder AL Herwig Fercher. Während M-Preis die Lage gerade sondiert und auch Lösungen mit Bauträgern im Gespräch sind, hat die ADEG mittlerweile bekanntgegeben, dass sich für sie ein neuer Standort in Kolbnitz nicht rechnen würde, es sei denn, das Objekt wird zur Verfügung gestellt. Der SPAR wurde die Möglichkeit eröffnet, auf der Rückseite der aktuellen Gemeindezeitung mittels großflächigem Inserat nach einem neuen Betreiber zu suchen. Die Reaktionen wird man sehen.

GR Ing. Herbert Mandler und der Amtsleiter bekräftigen die Worte des Bürgermeisters. Kolbnitz hat ein Potential von rund 1,5 bis 1,7 Mio. Jahresumsatz. Ein Standort an der Straße erbringt erfahrungsgemäß einen Zuwachs von 20 – 25 %. Aber für den Betreiber muss auch erkennbar sein, dass der Nahversorger der Gemeinde etwas wert ist. GR Ing. Mandler bringt es auf den Punkt und meint, dass ein Nahversorger gebraucht wird. Und die Umsetzung kann nur gelingen, wenn alle mithelfen.

Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger meint, dass der bestehende Markt nach 20 Jahren eigentlich abgeschrieben sein müsste. Die Gestaltung des Pachtzinses ist also zu hinterfragen. Stützungen sind natürlich im Lebensmittelsektor ein Thema und es gab ja auch in der Vergangenheit wiederholt Hilfestellung durch Land und Gemeinde. Für den bisherigen Standort spricht, dass er relativ rasch wieder aktiviert werden könnte. Der Bürgermeister beziffert den von der SPAR dafür genannten Investitionsbedarf mit einer Größenordnung von rund € 400.000,--. Der Betreiber muss dann für die Erstausrüstung mit Ware und einen gewissen finanziellen Polster zusätzlich € 150.000,-- aufbringen.

In der Diskussion kommen kurz noch die Leistungen anderer Gemeinden für Nahversorger (Beispiel Mühldorf) und die anfallenden Kosten für das sofort eingerichtete Nahversorger-Taxi zur Sprache. Damit ist die Berichterstattung zu diesem Punkt beendet. Es wird aktuelle Informationen geben, sobald sich konkrete Lösungen abzeichnen.

**Punkt 9 der Tagesordnung:**

Der Bürgermeister berichtet, dass es bezüglich Reißeckbahn derzeit ein schwebendes Verfahren gibt, was den Antrag des VERBUND beim BMVIT, hinsichtlich der dauerhaften Einstellung des Personenverkehrs anbelangt. Der Gemeinde wurde in diesem Verfahren das Recht auf Parteilichkeit nicht zuerkannt. Sehr wohl wurde jedoch ein Anhörungsrecht eingeräumt. Dazu hat die Gemeinde jetzt – in Absprache des gebildeten Verhandlungsgremiums mit RA Dr. Oberlercher – eine umfassende und gut fundierte Stellungnahme abgegeben. Zuvor hatte ja das eingereichte „Negativangebot“ im Rahmen der öffentlichen Feilbietung nicht den gewünschten Erfolg



erbracht. Es ist aber völlig klar, dass der „Kampf“ um die Bahn mit aller Vehemenz fortgesetzt wird. Immerhin kann der VERBUND 2016 Gewinne in der Größenordnung von € 400 Mio. ausweisen und die Bahn ist nun einmal „Teil des Betriebes“. Dabei gibt es auch einen Schulterchluss mit der Gemeinde Mühldorf und Dr. Riebenbauer vom Alpenverein. Ein Angebot für ein Gespräch in Wien, welches Bürgermeister Erwin Angerer vom VERBUND eingeräumt wurde, wird man jedenfalls Anfang 2017 gemeinsam wahrnehmen. Gesprächspartner soll dabei DI Dr. Günther Rabensteiner als zuständiges Mitglied des VERBUND-Vorstandes sein.

Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger erinnert daran, dass es bereits zahlreiche Gespräche im Zusammenhang mit der Reißeck- und Kreuzeckbahn gegeben hat. Als erfreulich für die öffentliche Meinungsbildung bezeichnet er einen dieser Tage im Kurier veröffentlichten Beitrag unter dem Titel „Zug ist noch nicht abgefahren“. Auch er zeigt sich kämpferisch, bewertet es als positiv, dass Bürgermeister Angerer in seiner Funktion als Nationalratsabgeordneter Zugang zu wesentlichen Informationen hat und durch das Instrument der parlamentarischen Anfragen auch etwas bewirken kann. Am Ende der Berichterstattung zu diesem Punkt drückt er die Hoffnung aus, dass es doch noch eine Chance gibt, die Reißeckbahn zu retten.

#### **Punkt 10 der Tagesordnung:**

Der Bürgermeister ruft der Reihe nach die Obmänner/Obfrauen bzw. Berichterstatter aus den Ausschüssen zur Berichterstattung auf.

#### **Kontrollausschuss**

GR Stefan Burger berichtet über die am 12. Dezember 2016 abgehaltene Sitzung des Kontrollausschusses. Dabei wurden die restlichen Haushaltsbelege 2016 von Belegnummer 4.262 bis 8.227 geprüft und für in Ordnung befunden. Weiters wurde für die erste Sitzung 2017 festgelegt, sich mit der Prüfung des Rechnungsabschlusses zu befassen und die Pachtverträge (Campingplätze, Sportplätze, Schihütte etc.) im Detail anzusehen.

Der Gemeinderat nimmt den Bericht des Kontrollausschusses zustimmend zur Kenntnis.

#### **Finanzausschuss**

Obfrau GR Heidi Moser berichtet über die am 15. Dezember 2016 abgehaltene Sitzung. Gegenstände der Tagesordnung waren die Überprüfung der freiwilligen Leistungen der Gemeinde, die Situation bei den Gebührenhaushalten und eine Vorschau auf den Voranschlag 2017. Die Sparpotenziale sollen bei der nächsten Sitzung (im Februar 2017) weiter ausgelotet werden. Die Situation bei den Gebührenhaushalten ist höchst erfreulich. Es besteht überall ein gewisser Haushaltsspielraum und es ist nicht erforderlich bei den Müll-, Kanal- und Wassergebühren Erhöhungen vorzunehmen.

#### **Wirtschaftsausschuss**

Obmann GR Ing. Herbert Mandler berichtet kurz überblicksmäßig aus den 4 im laufenden Jahr abgehaltenen Sitzungen. Wie er erwähnt, haben die Schwerpunkte im Bereich der diversen Baumaßnahmen den Ausschuss immer wieder beschäftigt und die Ergebnisse sind auch während des Jahres immer wieder in die Beschlüsse eingeflossen. Die großen Vorhaben werden den Ausschuss auch 2017 weiter begleiten (Sanierung Schwimmbad, Sanierung VS Kolbnitz mit Barrierefreiheit, Straßenbaulose, Lärmschutz, e5-Programm etc.) Zuletzt waren auch einige Punkte aus dem Wirtschaftshof sowie die Heizkosten im Gemeindehaus Gegenstand von

Beratungen. Er zeigt sich sehr erfreut darüber, dass praktisch alle Beschlüsse und Empfehlungen einstimmig gefasst werden konnten und dankt den Mitgliedern des Ausschusses für die konstruktive Zusammenarbeit im zu Ende gehenden Jahr.

### Familienausschuss

Obfrau GR Tamara Penker berichtet aus der Sitzung vom 5. Dezember 2016. Die Aktivitäten der „Gesunden Gemeinde“ und die Aktivitäten der „familienfreundliche Gemeinde“ standen dabei auf der Tagesordnung. Sie listet die Punkte der Ausschussberatung kurz auf. Unter dem Punkt „Allfälliges“ kamen noch diverse aktuelle Themen zur Sprache, wie die Situation beim Nahversorger und speziell das Anliegen, die Volksschule Kolbnitz nunmehr in **Volksschule Reißbeck** umzubenennen. Dieser Vorschlag findet ungeteilte Zustimmung und soll mit dem Schuljahr 2017/18 realisiert werden. Sie nennt die aktuelle Geburtenzahl des Jahres ( 17 Geburten bis Dezember) und streicht als erfreulichen Aspekt den Umstand hervor, dass die Mitarbeiterinnen des Besuchsnetzes im Jahr 2016 über 1000 ehrenamtliche Stunden erbracht haben.

Damit ist die Berichterstattung zu diesem Punkt abgeschlossen.

### **Punkt 11 der Tagesordnung:**

Der Bürgermeister erteilt dem Schriftführer das Wort. Dieser berichtet, dass die Erstellung des Stellenplanes 2017 nach den gesetzlichen Grundlagen und in Abstimmung mit der Gemeindeabteilung des Landes Kärnten sowie dem Gemeindeservicezentrum erfolgt ist. Kurz erläutert er die Unterschiede zwischen den parallel laufenden Ansätzen nach dem Kärntner Gemeindebedienstetengesetz (K-GBG/altes System) und dem Kärntner GemeindemitarbeiterInnengesetz (K-GMG/neues System). Die Stellen sind also parallel – nach beiden gesetzlichen Grundlagen – dargestellt. Die Planstellen sind in der Verordnung anonymisiert ausgewiesen und werden durch den Schriftführer von ihrer Zuordnung her kurz erläutert. Im „neuen System“ befinden sich bisher nur Saisoniers und Teilzeitbeschäftigte (Mediathek) sowie die 2017 neu besetzten Stellen für das Bauamt und die Reinigungskraft. Gegenüber dem Vorjahr gab es eine Verminderung um eine Planstelle, die durch die Pensionierung der Schulwartin in Kolbnitz (mit 1. November 2016) und den Wechsel der bisherigen Schulwartin aus Penk in die VS Kolbnitz begründet ist.

Der Bürgermeister dankt für die Berichterstattung. Nachdem es dazu keine Fragen gibt, stellt Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger den Antrag, der Gemeinderat möge die Stellenplanverordnung 2017, wie vorgelegt, vom Amtsleiter erläutert und mit der Gemeindeaufsicht und dem Gemeinde-Servicezentrum abgestimmt wurde, genehmigen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

### **Punkt 12 der Tagesordnung:**

#### **a) ordentlicher und außerordentlicher Haushalt**

Der Bürgermeister erläutert eingangs der Beratung zum Budget 2017, dass die Schere zwischen den Einnahmen und Ausgaben immer weiter aufgeht. Einerseits fehlen der Gemeinde zunehmend die Ertragsanteile, weil die Bevölkerungszahl rückläufig ist, andererseits stellen die Transferzahlungen eine ständig steigende Belastung dar. Bei rund 4, 3 Mio. Budgetvolumen

gelingt der Haushaltsausgleich also nur, weil der Gemeinde eine Finanzausweisung und Mittel aus dem Bevölkerungsausgleich gewährt werden. Mit einem Dank an das Finanzreferat und die Finanzverwaltung für den – trotz aller Widrigkeiten – vorbildlich erstellten Voranschlag, erteilt er Vizebürgermeister Thomas Stefan das Wort.

Der Finanzreferent, Vizebürgermeister Thomas Stefan, dankt zunächst der Finanzverwalterin für die vorbildliche Ausarbeitung des Budgetentwurfes und berichtet, dass der heute zur Beschlussfassung vorliegende Entwurf von der Aufsichtsbehörde genehmigt wurde. In der Folge gibt er einen kurzen Budgetüberblick. Er hält sich dabei überwiegend an die Gemeinderatsvorlage (Erläuterungen) und nimmt punktuell noch Ergänzungen vor:

**VORANSCHLAG 2017**  
**ERLÄUTERUNGEN gem. § 15 (2) KGHO**

**Ordentlicher Haushalt**

<b>Einnahmen</b>	<b>€ 4,277.800</b>	<b>(2016 Ur-VA: € 4,190.700/ inkl.NTVA: € 4,374.000</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>€ 4,277.800</b>	<b>(2016 Ur-VA: € 4,190.700/ inkl.NTVA: € 4,374.000</b>

**Um einen Haushaltsausgleich zu erzielen, mussten folgende Mittel eingesetzt werden:**

**€ 79.000 Gemeindefinanzzuweisung**

**€ 138.500 Bevölkerungsausgleich**

**Im Vergleich:**

2016 wurden zum Haushaltsausgleich Mittel aus dem Bevölkerungsausgleich in Höhe von € 135.900 eingesetzt und BZ-Mittel in Höhe v.€ 10.000

2015: Bevölkerungsausgleich: € 105.000

**Gegenüber dem VA 2016 hat sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben von € 136.900 auf € 217.500 erweitert.**

- ❖ **Gemeindeabgaben: Komm.St. minus € 10.000**  
(Einnahmen 2016: 440.000 / 2015: 472.000)
- ❖ **Sozialhilfe-Mehraufwand: € 31.600**
- ❖ **Mehraufwand Abgang Krankenanstalten: € 35.000**

Der Voranschlag enthält keine Investitionen.

Die Instandhaltungen liegen größtenteils im „Hunderterbereich“

Für Instandhaltungen Gemeindestraßen konnten vorerst nur € 20.000 eingesetzt werden.

Im Kärnten-Vergleich liegen wir bei den von der Gemeinderevision zu prüfenden Teilabschnitten unter dem Kärnten-Schnitt.

Überprüft wurden: Feuerwehren / Geldverkehr / Straßeninstandhaltung / Straßenreinigung und Schneeräumung.

Im Bereich der freiwilligen Leistungen liegen wir bei 3,8 % - zulässig: 4 % der ordentl. Einnahmen.

Jedenfalls stellt die Gemeinderevision fest, dass im vorgelegten Voranschlag 2017

keine Einsparungen mehr möglich sind.

Überblick Transferzahlungen/Gemeindeabgaben/Ertragsanteile 2015-2017:

AUSGABEN	VA 2017	VA 2016	RA 2015	Anmerkung
Abgang Krankenanstalten	303.000	268.000	279.700	
Sozialhilfe Kopfquote	560.000	528.300	567.800	Abre.2015: Rückers.:7.000
Sozialhilfeverbandsumlage	16.400	16.500	0	
Kinderbetreuungseinrichtungen	38.500	37.900	0	
Abgangsdeckung Pfarrkindergarten	60.000	60.000	62.700	
Schulhalterungsbeitrag Berufsschulen	37.900	33.500	33.000	
Schulgemeindeverbandsumlage	106.900	105.600	103.100	
Beitrag an den Ktn.Schulbaufonds	35.400	35.200	35.900	
Landesumlage	138.200	143.500	162.100	
Rettungsbeitrag	20.100	19.000	18.800	
Verkehrsverbund	28.700	28.000	26.400	
Beiträge nach dem Sprengelärztegesetz	6.800	6.800	6.100	

EINNAHMEN			
Gemeindeabgaben	639.800	651.900	685.500
Ertragsanteile	1.695.500	1.681.700	1.694.500

**Die marktbestimmten Betriebe** – Müll/Wasser/Kanal/Wohnungen – und auch der Wirtschaftshof sind ausgeglichen budgetiert.

In der Beratung stellt der Finanzreferent auch klar, dass die Strukturkosten für 2017 noch nicht bekannt sind. Hier besteht eine Bandbreite für Bonuszahlungen in der Größenordnung zwischen € 40.000,-- und € 140.000,--. Das angesprochene Einsparungspotenzial, durch die Schließung der VS Penk, beziffert er mit rund € 30.000,--.

Offene Fragen konnten während des Vortrages beantwortet werden, sodass die Finanzverwalterin mit der Berichterstattung zum AO-Haushalt fortsetzt.

Die Finanzverwalterin listet die einzelnen Vorhaben, welche sich im Voranschlag 2017 in Summe mit jeweils € 997.000,-- in Einnahmen und Ausgaben zu Buche schlagen und in der Übersicht zum Mittelfristigen Investitionsplan dargestellt sind, im Detail auf. Es handelt sich um die Vorhaben FF-Penk, Volksschule Kolbnitz, Sanierung Hattelbergstraße, Sanierung Teuchlstraße und Sanierung Schwimmbad. Die weiterführende Darstellung der Vorhaben „VS Kolbnitz“ und „Schwimmbad“ ist in der Übersicht „Mittelfristiger Investitionsplan“, welche dem Original dieses Protokolles als Beilage angeschlossen ist, ebenfalls dargestellt.

Auftretende Fragen können bereits während des Vortrages des Finanzreferenten und der Finanzverwalterin geklärt werden, sodass eine abschließende Diskussion unterbleibt. Die Finanzverwalterin bleibt am Wort und setzt mit der Berichterstattung zu den Punkten b) und c) fort.

#### **b) Höhe des Kassenkredits (Kontokorrent)**

Die Finanzverwalterin erinnert daran, dass im Vorjahr – aufgrund der guten Liquidität – der Kassenkredit nicht ausgeschöpft wurde. Für 2017 steht aber eine Reihe von Vorhaben an,

sodass erwartet werden kann, dass der Kassenkredit eventuell sogar in voller Höhe benötigt wird. In Abstimmung mit dem Finanzreferenten wird daher vorgeschlagen, das gesetzliche Ausmaß des Kassenkredites mit einem Sechstel der Höhe der Einnahmen im ordentlichen Haushalt, das wären € 712.000,--, auszuschöpfen. Finanzreferent Vizebürgermeister Thomas Stefan bestätigt diese Aussage und erklärt, dass vor allem die für Frühjahr 2017 vorgesehene Generalsanierung des Schwimmbades Vorfinanzierungen erforderlich machen wird. Es dauert nämlich häufig längere Zeit, bis der Rückfluss von Förderungen erfolgt.

Der Vorschlag findet in der Beratung die ungeteilte Zustimmung des Gemeinderates.

### **c) Vergabe des Kassenkredits**

Nachdem unter Punkt b) auf Vorschlag des Finanzreferenten und der Finanzverwalterin einvernehmlich besprochen wurde, den Kassenkredit mit € 712.000,-- auszuschöpfen, bleibt die Finanzverwalterin, Frau Sigrid Aichholzer, am Wort. Im Vorfeld der Vergabeentscheidung des Kassenkredites wurden wiederum Auskünfte bei den ansässigen Bankinstituten eingeholt. Beide Banken, also die RAIBA Mittleres Mölltal und die RAIBA Lurnfeld-Reißeck bieten – unverändert zum Vorjahr – einen Fixzinssatz mit jeweils 0,95 % p.a. an. Auch die Rahmenbereitstellung mit 0,25 % p. a. und die Bearbeitungsgebühr von € 200,-- sind bei beiden Banken exakt gleich. Der Vergabevorschlag lautet daher: Teilung des Kassenkredites 2017 auf beide Raiffeisenbanken mit jeweils € 356.000,--.

Nach Ende der Diskussion stellt Vizebürgermeister Thomas Stefan die Anträge,

zu Punkt a)

den Voranschlag 2017 hinsichtlich des ordentlichen und des AO-Haushaltes, wie im Entwurf erstellt, vorgetragen und erläutert, zu genehmigen,

zu Punkt b)

den Kassenkredit voll auszuschöpfen und mit dem möglichen Höchstbetrag von € 712.000,-- festzulegen,

zu Punkt c)

den Kassenkredit wie folgt zu vergeben:

Vergabe je zur Hälfte, also mit jeweils € 356.000,--, mit dem Fixzinssatz von 0,95 % an die ansässigen Institute RAIBA Lurnfeld-Reißeck und RAIBA Mittleres Mölltal.

Die Anträge werden vom Gemeinderat in allen Punkten einstimmig angenommen.

### **Punkt 13 der Tagesordnung:**

Der Bürgermeister erteilt neuerlich der Finanzverwalterin das Wort. Diese berichtet, dass im mittelfristigen Finanzplan eigentlich nur die laufenden fixen Ausgaben – soweit vorhersehbar – bis 2021 fortgeschrieben werden. Es sind keine Investitionen in dieser Vorschau enthalten und dennoch zieht sich der Umstand, dass der Haushaltsausgleich (aus heutiger Sicht) in keinem der Folgejahre zu erzielen ist, wie „ein roter Faden“ durch diese Finanzvorschau.

Sie setzt gleich mit der Berichterstattung zum Mittelfristigen Investitionsplan für die Jahre 2017 bis 2021 fort, welcher lediglich das Vorhaben „Generalsanierung VS Kolbnitz“ mit einem Gesamtaufwand von € 709.200,-- für die Jahre 2017 bis 2019 enthält.

Die während des Vortrages verwendeten Gemeinderatsvorlagen „Mittelfristiger Finanzplan für das Haushaltsjahr 2017“ und „Mittelfristiger Investitionsplan 2017-2021“ sind dem Original dieses Protokolles als Beilagen angeschlossen.

Nach Ende der Beratung stellt Vizebürgermeister Thomas Stefan den Antrag, der Gemeinderat möge beschließen, den mittelfristigen Finanzplan und den mittelfristigen Investitionsplan für das AO-Vorhaben „Generalsanierung VS Kolbnitz“, wie erstellt und von der Finanzverwalterin erläutert, zu genehmigen.

Dieser Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

\*\*\*

Nach Erledigung der Tagesordnung gibt es die bereits zur Tradition gewordenen kurzen Ansprachen des Bürgermeisters und der Fraktionsvertreter. Der Bürgermeister nimmt seine Wortmeldung zum Anlass, das gemeinsame Ziel, die Kommune weiterzubringen, herauszustreichen und den Mandataren und Mitarbeitern für ihren Einsatz und ihre Arbeit während des ganzen Jahrs zu danken. Betroffen zeigt er sich von zunehmenden Aggressionen und verweist auf einen vor wenigen Tagen erfolgten „Anschlag“ auf Amtskollegen Bürgermeister Stütz aus Königsbronn, dem es Gott sei Dank wieder besser geht. Mit den Neujahrswünschen für die Gemeinderäte sowie die Mitarbeiter und deren Familien spricht er auch die Hoffnung aus, dass alle ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest im Kreise ihrer Familien verbringen mögen.

Nachfolgend danken auch die jeweiligen Fraktionsvertreter allen Mandataren sowie den Mitarbeitern der Gemeinde für die gute Zusammenarbeit und wünschen dem gesamten Kollegium und der Belegschaft der Gemeinde ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2017. Als Sprecher für ihre Fraktionen fungieren dabei GR Ing. Herbert Mandler, Vizebürgermeister Ing. Johann Paul Unterweger und das Ersatzmitglied Birgit Huber. Abschließend ersucht der Schriftführer die Mandatate, wieder wie Vorjahr die Jahreskalender für 2017, welche alle Gemeindetermine enthalten, an die Haushalte zu verteilen.

Nach Erledigung der Tagesordnung gibt es keine weiteren Wortmeldungen. Der Vorsitzende dankt nochmals den Mitgliedern des Gemeinderates, spricht die Einladung zu einem anschließenden gemeinsamen Abendessen im benachbarten Gasthof Walter aus. Diesen Jahresausklang bezeichnet er als nette Tradition innerhalb der Gemeinde und schließt damit die Sitzung um 17:50 Uhr.

Mitglieder des Gemeinderates:

Der Bürgermeister:

Der Schriftführer: